



Vorlagennummer: VO/2025/14000-02
Vorlagenart: Blankovorlage öffentlich
Datum: 24.04.2026
Federführend: 3.031 - Fachbereichsdienste
Bearbeitung: Julia Matthäus

Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung zum AT Antrag VO/2025/14000-01 - Fraktion Linke & GAL: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität

Beratungsfolge:		
28.04.2026	Hauptausschuss	zur Vorberatung
30.04.2026	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	zur Entscheidung

Empfehlung:

Antrag aus der Bürgerschaft vom 27.02.2025 (VO/2025/14000-01):
Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eine Kompetenzzentrums Klimaneutralität.

Bericht vom 01.09.2025 (VO/2025/14000-01-01)
Stellungnahme der Verwaltung zu VO-2025-14000-01 – Vorgehensweise zur Gründung einer Energie- und Klimaagentur

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung hat sich in seiner Sitzung am 21.04.2026 mit dem Antrag unter TOP 6.1 gemeinsam mit dem Bericht unter TOP 4.4 befasst und folgende Empfehlung ausgesprochen:

Der Antrag unter VO/2025/14000-01 wird ersetzt durch den Verwaltungsantrag aus dem Bericht VO/2025/14000-01-01.

Verwaltungsantrag aus der VO/2025/14000-01-01 – Stellungnahme der Verwaltung zu VO-2025-1400-01 – Vorgehensweise zur Gründung einer Energie- und Klimaagentur:

Die Verwaltung empfiehlt zunächst die Entwicklung eines auf das Stadtgebiet und die Wärmewende fokussierten Grobkonzeptes unter Federführung der Hansestadt zu beschließen. Die hierfür erforderlichen internen Ressourcen (ca. 0,5 Personalstellen) sind

bereitzustellen und einen externen Dienstleister mit einem Volumen von ca. 50.000 € ist zu beauftragen. Das Angebot der TH Lübeck hier zu unterstützen sollte genutzt werden. Die o.g. Akteure sollten frühzeitig mit einbezogen werden.

Die Verwaltung schlägt vor, hierfür insbesondere Ressourcen aus dem Bereich der Umsetzung des Masterplans Klimaschutz / Quartiersarbeit umzuschichten, da eine Energie- und Klimaagentur perspektivisch gerade dort einen erheblichen Mehrwert bieten würde. Begleitend wird versucht, Fördermittel von der Landesebene einzuwerben.

Die Option einer späteren regionalen Öffnung sollte ausdrücklich vorgesehen werden. Der Erstellungsprozess des Grobkonzeptes soll durch ein Steuerungsgremium unterstützt werden.

Mit diesem Vorgehen wird ein kurzfristiger, pragmatischer, umsetzungsorientierter Start ermöglicht.

Abstimmungsergebnis:

Für den Verwaltungsantrag: 14 Stimmen

Gegen den Antrag: 0 Stimmen

Enthaltungen: 1 Stimme

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig den Verwaltungsantrag aus dem Bericht VO/2025/14000-01-01 anzunehmen.

Anlage(n):

Keine